

# Protokoll der StuRa-Sitzung vom 20.01.2005

Teilnehmer: 26 von 30, Sitzungsleiter: Christian Soyk, Protokollantin: Annerose Gulbins

Sitzungsbeginn: 19:43 Uhr, Sitzungsende: 00:36 Uhr

## Tagesordnung

1. Begrüßung und Formalia
2. Einführung in den sächsischen Haushalt  
(Gast: Ronald Weckesser)
3. Bericht der Gf; Debatte des Berichts
4. Anträge
- 4a. Finanzanträge
5. Haushalt 05/06
6. Änderung der AE-Ordnung (3. Lesung)
- 6a. Aktionstag und Urteil in Karlsruhe
7. Wahlen und Entsendungen
8. Zweitwohnsitzsteuer
9. Allgemeinpolitisches Mandat
10. AE
11. Sonstiges

## 1. Begrüßung und Formalia

**Christian Soyk** erinnert an unbezahlte Telefonrechnungen und ermahnt die FSR Jura, Berufspädagogik, Sozialpädagogik und Philosophie, ihre Rechnungen zu begleichen. Außerdem haben einige FSR ihre Metrokarten noch nicht abgeholt.

**Ulrich Rückmann** kündigt an, dass er auf der kommenden StuRa-Sitzung nicht anwesend sein kann. Er informiert über die Veranstaltung zur Situation der Studierenden in Weißrussland. Des Weiteren informiert er, dass die Sitzungsleitung reihum durch die StuRa-Mitglieder wahrgenommen wird und die Gf das bei der Sitzungsvorbereitung berücksichtigt. JedeR SitzungsleiterIn wird dabei vom RF Struktur unterstützt.

Die Beschlussfähigkeit wird mit 24 von 32 Mitgliedern festgestellt.

Protokolländerungen:

Ändere im TOP 7b „...Felix Mellmann gehen..“ in „...Felix Gutte gehen..“.

Das so geänderte Protokoll wird ohne Gegenrede beschlossen.

Tagesordnung:

Tausche TOP 2 und TOP 3, wird ohne Gegenrede angenommen.

Peter Grünberg beantragt einen TOP 6a. „Aktionstag und Urteil Karlsruhe“, was ohne Gegenrede akzeptiert wird.

Kai Rasper wünscht einen TOP 4a. Finanzanträge, was ohne Gegenrede angenommen wird.

Die so geänderte TO wird ohne Gegenrede angenommen.

## 2. Einführung in den Sächsischen Haushalt

**Ronald Weckesser**, Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Sächsischen Landtag, begrüßt die Anwesenden, stellt sich vor und bedankt sich für die Einladung.

Er führt in den Haushalt ein und erläutert dessen Funktion, der "konzentrierter Ausdruck politischen Willens" zu sein. Er ist aber auch Mittel zur Umsetzung politischen Willens. D. h. es liegt in der Natur der Sache, dass FinanzministerInnen Sachzwänge konstruieren und versuchen, das Parlament unter Kontrolle zu halten, um eine eigene Politik durchsetzen können.

Der Haushalt dient zur Planung und Prognose, aber auch zur Rechenschaftslegung (2 Jahr später) mit der Haushaltsabrechnung. Gerade der letzte Aspekt wird zu selten wahrgenommen (auch von der Opposition) und zu selten zur „proaktiven“ Haushaltspolitik genutzt.

Der Haushalt und die Haushaltserstellung haben in der

Verfassung einen hohen Rang und genießen hohe gesetzliche Kontrolle. Erster Grundsatz ist die Jährlichkeit; in Sachsen gibt es seit einigen Jahren den Sonderfall Doppelhaushalt (wo aber auch über zwei „jährliche“ Haushalte gemeinsam entschieden wird).

Der Haushaltsaufbau: Es gibt ca. 15 Milliarden Einnahmen in Sachsen, die relativ stabil sind, Steuern machen ca. 50 % aus, weiteres sind Zuweisungen (freie oder für investive Zwecke) und anderes.

Die Ausgaben sind an die Einnahmen nicht zwangsläufig gebunden, es gibt die Möglichkeit Schulden zu machen; die Neuverschuldung beträgt ca. 350 Millionen. Problematisch sind die bestehenden Schulden und die Tilgungsverpflichtung. Durch die Bildung einer Koalition steigt üblicherweise die Neuverschuldung, weil sich die Koalitionspartner gegenseitig unter Druck setzen.

Personalkosten stellen (trotz rigoroser Personalpolitik) ungefähr 30 % der Ausgaben. Sächsische Verwaltungsausgaben noch mal fast soviel, Zinsen ca. 600 Millionen, bald ca. 660 Millionen. Größter Posten sind die Zuweisungen an Kommunen, Wirtschaftsförderung etc. Für Investitionen werden ca. 4 Milliarden ausgegeben; die Investitionsquote ist im Bundesdurchschnitt hoch, aber sie sinkt leicht.

Durch die bundesrepublikanische Rechtsstruktur kann der Landtag nur über 5-6 % wirklich entscheiden. 15 % der Einnahmen sind durch die Mischfinanzierung (von EU bis zur Kommune) gebunden; der Finanzausgleich von Land und Kommunen bestimmt 20 % der Gelder und durch den Gleichmäßigkeitsgrundsatz werden Einnahmen nicht einfach verteilt, sondern gleichmäßig auf beide aufgeteilt. Gesetzliche Leistungen binden ca. 19 %, Personalmittel 30 % und sonstige Verpflichtungen (z.B. Zinsen) binden ca. 10 %.

Eins der wichtigsten Instrumente für gute Finanzpolitik ist die „Mittelfristige Finanzplanung“ des Freistaats, da ohne gute Vorbereitung nur Kurzschluss-Änderungsanträge gestellt werden können, die abgelehnt werden müssen.

In der Fragerunde trägt **Ronald Weckesser** die Änderungen im Haushalt vor, die sich durch die Koalitionsverhandlungen ergeben haben. Die Regierung ist von ihrer hartnäckigen Haushaltsdisziplin abgewichen, jedoch sind die Ausgaben v.a. in den stark bedürftigen Bereichen Soziales, Bildung, Kultur etc.

Wir befinden uns in der zweiten Phase des Länderfinanzausgleichs; bis 2019 soll er beendet werden.

Die Gesamtverschuldung Sachsens beträgt ca. 10 Milliarden (ca. 4000 € pro Kopf). Die Kommunen sind im bundesweiten Vergleich in Sachsen leicht höher verschuldet, die Gesamtverschuldung des Landes ist eine der niedrigsten bundesweit. Das Mittel dazu ist vor allem die Disziplin, mit der der beschlossene Haushalt eingehalten wird. Dazu dient das Haushaltsbewirtschaftungskonzept der Regierung. In der Abrechnung ergibt sich eigentlich immer ein ausgeglichener Haushalt.

Der Sitzungsleiter dankt Ronald Weckesser der sehr lehrreichen und kurzweiligen Einführung in die Prin-

zipien sächsischer Haushaltspolitik.

**Es gibt 5 Minuten Sitzungspause für die Fachschaft SpraLiKuWi.**

### 3. Bericht der Gf, Debatte des Berichts

**Christian** berichtet, dass sich die Gf an den Anregungen des Referatetreffens orientieren möchte und nur noch kurz und sehr ergebnisorientiert berichten möchte. Er bittet den StuRa um Rückfragen oder Anmerkungen, ansonsten wird jetzt so verfahren.

**Daniel Bambauer** regt an, dass die Geschäftsführer wieder mittwochs einen kurzen Bericht über die Mailingliste schicken.

**Ulrich Rückmann** erwidert, dass das schwierig ist, da ein Großteil der Arbeit von Dienstag bis Donnerstag stattfindet.

**Andreas Kranz** regt an, dass in einem solchen Kurzbericht nur genannt wird, mit welchen Themen sich die Gf beschäftigt um so eine bessere Vorbereitung auf Nachfragen zu ermöglichen. Er trägt den StuRa-Beschluss vor, dass die Gf wöchentlich einen Tätigkeitsbericht an die Mitglieder verschickt.

**Ulrich Rückmann (GF Lehre und Studium)** hat sich um das heutige Haushaltsreferat gekümmert, mit der Problematik der Stipendien befasst, an der Demo-Vorbereitung mitgewirkt und die Belarus-Veranstaltung vorbereitet. Er hat am Kontakt-Treffen im Studentenwerk, am Gesamt-StuRa-Treffen und am Akkreditierungsseminar in Hamburg teilgenommen. Zu letzterem kommt noch ein Seminarangebot von ihm. Die Angelegenheit mit dem dies academicus ist abgeschlossen, die Entgelt-Pläne noch nicht. Zur Zweitwohnsitzsteuer hat er den TOP vorbereitet.

Auf Nachfrage erklärt er, dass zum Gesamt-StuRa-Treffen (wohl auch aufgrund der Kurzfristigkeit) nicht sehr viele Leute teilgenommen haben.

**Peter Grünberg** hat die Demo vorbereitet. Die Gf hat sich mit den Anregungen aus dem StuRa-Treffen beschäftigt und wird dazu weiter berichten. Es hat ein Angestelltingespräch stattgefunden.

*Carolin Mahn wird vom Sitzungsleiter wegen ihrer Einwürfe außerhalb der Redeliste verwarnet.*

**Peter** berichtet von der Gf-Sitzung: Es wurde beschlossen, dass sich Dina um die Gelder kümmert, die mal für eine StuRa-Party gesammelt wurden, die nie stattfand. Das T-Shirt-Problem soll mit der Innenrevision geklärt werden. Folgende Finanzanträge wurden bewilligt: für das Rf Ö und HoPo 110 € für Plakatpappen und Car-Sharing, für das Rf Technik 50 € für Software, für das Forum Universität Dresden 42 € für ihr Projekt „Revitalisierung des Campus“, 160,48 € wurden für EBEs gezahlt, für Werbung für das Namens-Gewinnspiel 120 €. Der Härtefall Nr. 0156-01-2005 wurde genehmigt, der Härtefall Nr. 0145-01-2005 abgelehnt.

Für die Betreuung des Standes am Aktionstag im HSZ wird eine Liste herumgegeben.

Auf Nachfrage erläutert **Christian** das Projekt „Revitalisierung des Campus“. Dabei soll auf die „Schmutzdelecken“ am Campus hingewiesen werden und so zur Verbesserung beigetragen werden. Er erläutert die Regelungen zum Härtefallantrag. Sie werden noch von Dorit bearbeitet, dazu gibt es eine Regelung bis zur nächsten Woche.

**Ulrich** hat bei der HRK-Serviceestelle Bologna Bologna-Reader bestellt. Er gibt ein Exemplar herum und bietet an, bei Bedarf noch mehr Reader zu bestellen.

**Christian Soyk (GF Finanzen)** hat sich v.a. mit der Erstellung des Haushalts beschäftigt und eine Vorstellungsrunde bei den Leuten, mit denen er voraussichtlich zusammenarbeiten wird, gemacht.

## 4. Anträge

*Es liegen keine Anträge vor.*

### 4.a. FA

Ein FA vom Rf Technik über 370 € für einen neuen Monitor, eine neue Grafikkarte und das nötige Kabel für den Arbeitsplatz von Frau Klaus wird nach kurzer Debatte über die Notwendigkeit einer neuen Grafikkarte ohne Gegenrede angenommen.

Der FA vom Rf HoPo über 3500 € für die Fahrtkosten zur Demo in Leipzig wird vorgestellt. Es wird mit einer Anzahl von 500 Menschen geplant. Dabei wurden die Kosten für Sachsentickets und von Bussen (bei zwei Angeboten) kalkuliert. Der FA ist großzügig geplant, da die Gf Handlungsfreiheit benötigt um ggf. kurzfristig in der kommenden Woche ein Angebot buchen zu können. Sachsentickets werden bevorzugt.

Nach einer kurzen Diskussion über weitere Varianten, wie Sonderzüge u.ä. stellt **Steffen Lehmann** den GO-Antrag auf Vertagung, was nach Gegenrede von **Ulrich** mit 3/19/2 abgelehnt wird.

Der FA wird mit 20/0/5 angenommen.

**Ulrich** beantragt, den TOP Zweitwohnsitzsteuer vorzuziehen.

**Andreas** hält dagegen, dass der Haushalt dringend ist. **Steffen** meint, dass der TOP kurz und auch dringend ist.

**Christian** hat nichts dagegen. Der GO-Antrag wird ohne Gegenrede angenommen.

## 8. Zweitwohnsitzsteuer

**Ulrich** informiert, dass über eine Zweitwohnsitzsteuer nächste Woche beschlossen werden soll. Er hat von der Stadt die Information, dass StudentInnenwohnheime nicht unter die Regelung fallen sollten, aber es da keine

verbindliche Sicherheit gibt. Es gibt ca. 36000 Menschen mit Zweitwohnsitz in Dresden, bis zu 2/3 davon sind Studierende. Durch die Steuer werden Einnahmen von 38000 € erwartet, Ziel ist jedoch die Ummeldung, da dies Zuwendungen und eine Einkommenssteuerpauerschale für die Stadt bedeutet.

**Ulrich** beantragt: **Der StuRa lehnt die Einführung einer Zweitwohnsitzsteuer in Dresden ab, da insbesondere Studenten betroffen sein werden. Ebenfalls spricht sich der StuRa dafür aus, dass sich alle Studenten, welche ihren Lebensmittelpunkt in Dresden haben, sich hier hauptwohnsitzlich anmelden.**

**Steffen** unterstützt den ersten Satz, kritisiert jedoch den zweiten.

**Ulrich** erläutert, dass für ihn der zweite Satz nötig ist, da 1. auch Studierende zur Meldung verpflichtet sind, wenn dies ihr Lebensmittelpunkt ist und 2. er der Meinung ist, dass Studierende die Stadt, deren Infrastruktur usw. sie nutzen, auch unterstützen sollen. Der Beschluss soll dazu dienen, Bewusstsein zu schaffen, dass v.a. Studierende betroffen sind.

**Andreas** stellt den **ÄÄ: Ändere Satz zwei in: „Ebenfalls ruft der StuRa alle Studenten, welche ihren Lebensmittelpunkt in Dresden haben, dazu auf, sich hier hauptwohnsitzlich zu melden.“, was vom Antragsteller übernommen wird.**

**Daniel B.** kritisiert, dass der Beschluss den Fraktionen nicht nur zugeschickt werden soll und wünscht mehr Nachdruck.

**Christian** beantragt, den 2. Satz zu streichen.

**Erik** lehnt den 2. Satz ab, da dies auch den Wegfall steuerlicher Vorteile für die Eltern bedeutet, was die Studierenden trifft, die von ihren Eltern finanziert werden.

**Annerose** verteidigt den letzten Satz, bekräftigt das Infrastrukturargument und findet, dass Studierende nicht für bessere Studienbedingungen eintreten und ihren Teil der Verantwortung dafür negieren können. Sie hält die steuerlichen Vorteile für Eltern nicht für ein geeignetes Argument. Für eine nachdrücklichere Vertretung schlägt sie einen Besuch im Stadtrat vor.

Es wird zwischen einigen Mitgliedern über die Verpflichtung zur Anmeldung als Hauptwohnsitz diskutiert.

Ein GO-Antrag von **Daniel Fischer** auf Schluss der Rednerliste wird ohne Gegenrede angenommen.

Ein GO-Antrag von **Daniel B.** auf Redezeitbegrenzung auf eine Minute für den Rest des TOPs wird nach Gegenrede mit 7/10/6 abgelehnt.

**Marcel Junige, Steffen, Erik** und andere unterstützen die Streichung des zweiten Satzes.

**Annerose** plädiert auf Ablehnung des Antrages.

**Andreas** plädiert dafür, den 2. Teil zu verschieben, bis dieser vernünftig vorbereitet ist.

**Matthias Lutterbeck** stellt den **ÄÄ: Ändere den zweiten Teil des ersten Satzes in „..da dadurch auf die zahlreich betroffenen Studenten deutliche Mehrbelastungen finanzieller und organisatorischer Natur zukommen.“**

**Felix Mellmann** hält Zweitwohnsitzsteuern für legitim.

Ulrich plädiert erneut für den zweiten Satz, da der erste Teil des Antrages sonst unglaublich wird. Er **übernimmt den ÄA von Matthias.**

Der ÄA auf Streichung des zweiten Satzes wird mit 12/5/6 abgelehnt, da die erforderliche Mehrheit der anwesenden Mitglieder nicht erreicht wurde.

GO-Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit, welche mit 25 von 32 gegeben ist.

Der Gesamtantrag wird mit 16/7/2 angenommen.

## 5. Haushalt 05/06

*Es gibt 10 Minuten Pause zum Lesen der Haushaltsvorlage.*

Kai beantragt die Vertagung des TOP 9 Allgemeines politisches Mandat, da Ulrich nicht mehr da ist. Das wird ohne Gegenrede angenommen.

Matthias Börner merkt an, dass er dagegen ist, den Semesterbeitrag zu senken, da wegen der abzusehenden Studiengebühren die Zahl der Studierenden möglicherweise abnimmt.

Christian erwidert, dass es noch unklar ist, wie das Urteil zu Studiengebühren ausfällt und ob/wann es Studiengebühren in Sachsen gibt. Er muss mit den Ausgangsdaten planen. Ein Nachtragshaushalt ist möglich und der exakte Semesterbeitrag muss erst im Juni festgelegt werden.

Andreas merkt an, dass wir uns in der zweiten Lesung befinden, da die Befassung mit dem Haushalt nicht abgelehnt werden kann.

Carolin Mahn fragt nach, wieso der Posten 4380 Beiträge so schwankt, sowie was unter den Posten Instandhaltung u. sonstige Aufwendungen fällt.

Christian erläutert, dass die diesjährige Erhöhung durch die Unklarheiten mit der Unfallversicherung der Angestellten verursacht wurde und erläutert den Inhalt des anderen Posten.

*Gregor Fiedler geht um 22:50.*

Matthias B. fragt nach, wie die 2 € für den Semesterbeitrag zustandekommen.

Christian erläutert, dass er Ausgaben usw. aufgelistet hat und dann den nächsten veränderbaren Einnahmeposten verändert hat. Aus den Erfahrungswerten zeigt sich, dass die Ausgaben großzügig geplant sind. Da bleibt nur eine Beitragssenkung. Er **erläutert zum Posten Telefon, dass dort die 150 € wieder eingestellt werden und aus dem Topf Zeitschriften/Bücher 150 € herausgenommen werden.** Er erläutert weiterhin, dass der Arbeitgeberbeitrag aufgrund einer Sozialversicherungsreform geringer wird, neben dieser Kürzung ist im Posten Gehälter eine 1,5 %ige Steigerung gerechnet. Die Einnahme im Topf Darlehen ist durch Rückzahlungen verursacht. Für den Verteiler Ö sind die Einnahmen aus dem Vertrag mit dem DRK begründet. Der Topf wurde hochgesetzt, weil es der Wille der Gf ist, die Außenwirkung des StuRa zu verbessern und dort zu investieren.

Andreas fragt nach, wieso der Topf Rechts-/Beratungskosten noch so hoch ist.

Christian erläutert: Zum einen, weil noch erhöhte EBEs

abgerechnet werden können. Auch die regulären Kosten sind recht hoch.

Annerose fragt nach, inwiefern nicht evtl. eine weitere Rechtsberatung angeboten werden könnte und entsprechend eingeplant werden sollten.

Christian erläutert, dass der RA stundenweise abrechnet und auch Überstunden macht. Insgesamt sieht er keinen Bedarf für mehr Rechtsberatung.

**Andreas beantragt die Überweisung des HH in die 2. Lesung.**

Christian weist noch darauf hin, dass sich im Posten StAV noch was ändern kann.

**Der HH wird ohne Gegenrede in die 3. Lesung überwiesen.**

## 6. Änderung der AE-Ordnung, 3. Lesung

Erik fragt nach, was passiert, wenn der/die ProtokollantIn eher geht.

Carolin regt an, dass in diesem Fall keine AE gezahlt wird, da eher gehen nicht ordnungsgemäße Erstellung beinhalten.

Christian regt an, die AE-Vergabe nicht überzuregulieren. Der StuRa hat auch noch Entscheidungskraft.

Andreas fügt hinzu, dass die Protokollerstellung nicht nur das Mitschreiben in der StuRa-Sitzung beinhaltet, sondern viele Faktoren für eine ordnungsgemäße Erstellung ausschlaggebend sind.

Annerose plädiert dafür, die Frist ab Einreichung des Protokolls im StuRa laufen zu lassen.

Erik plädiert dafür, die Frist für vier StuRa-Sitzungen ab der protokollierten Sitzung zu setzen.

Andreas plädiert für die Frist ab protokollierter Sitzung (und dann wie für alle anderen 4 Gf-Sitzungen). Es geht um den Antrag der AE und das ist auch ohne ein beschlossenes Protokoll möglich.

Daniel F. ist gegen eine Überregulierung in diesem Fall. Marcel schlägt vor, statt „StuRa-Protokoll“ „StuRa-Protokoll-Vorlage“ zu schreiben.

Annerose ist gegen das Wort „Vorlage“ in der AE-Ordnung, da das noch viel unklarer ist.

Erik unterstützt Annerose, und möchte, dass für Protokollanten dieselben Regeln gelten wie für alle anderen.

**Andreas beantragt: Ergänze § 4 (1) um einen weiteren Satz: Für Protokollanten der StuRa-Sitzungen gilt der Monat, in dem die protokollierte Sitzung stattgefunden hat, als Anspruchszeitraum.**

Steffen kritisiert, dass die Vergleichbarkeit der AE gefährdet ist, da beispielsweise im Bereich der Sozialberatung wesentlich weniger Stunden gearbeitet werden.

Joachim Püschel wünscht, dass Protokoll-AEs in der Vorlage gesondert gekennzeichnet werden.

Annerose widerspricht dem Vergleichbarkeitsargument, da die AEs sowieso nicht nach Stunden gezahlt werden, sondern mehr eine symbolischer Wertschätzung darstellen und verschiedene Faktoren zu einer erfolgreichen Arbeit führen, nicht nur die Zeit.

Carolin und Marcel bekräftigen das.

**Antrag von Matthias L. streiche ordnungsgemäßer".**

**GO-Antrag von Matthias B. auf sofortige Abstimmung, welcher nach Andreas Hinweis, dass er noch die schriftliche Abstimmung beantragen möchte in einen GO auf Schluss der Rednerliste geändert und ohne Gegenrede angenommen wird.**

**Andreas beantragt schriftliche Abstimmung der AE-Ordnung.**

Er erläutert wie schriftliche Abstimmungen funktionieren.

**Andreas übt Gegenrede zu Matthias' Änderungsantrag, welcher daraufhin mit 4/18/0 abgelehnt wird.**

**Joachim stellt einen Antrag auf geheime Abstimmung. Nach einer Erläuterung der Umstände, die das verursacht, zieht er ihn zurück.**

Marcel wirft ein, dass man sich diesen Spaß mal bei ner anderen Sache machen könne.

**Der Antrag auf schriftliche Abstimmung wird mit 20/1/2 angenommen.**

**Andreas beantragt, die Frist auf Freitag, den 4.2.2005 13:00 Uhr zu setzen, was ohne Gegenrede angenommen wird.**

*Da Annerose die Sitzung verlässt, übernimmt Marcel Junige ab hier das Protokoll.*

## 6a. Urteil in Karlsruhe

Peter nimmt die Liste für die Betreuung des HSZ-Standes zum Aktionstag entgegen und berichtet von den Vorbereitungen. Alle geplanten Aktivitäten wurden genehmigt, am folgenden Tag um 11 Uhr werden die Plakate fertiggemacht und am Wochenende auf dem Campus aufgehängt. Er erläutert, wie der Verteiler [demo@stura.tu-dresden.de](mailto:demo@stura.tu-dresden.de) funktioniert, über den Informationen zu den Vorbereitungen erhältlich sind. Für die Kundgebung am Aktionstag fehlt noch eine Musikanlage.

Informationsmaterialien zum Verfassungsgerichtsurteil können am 26. Januar ab 17 Uhr im StuRa geholt werden.

Kai und Steffen regen an, über das AVMZ zu einer Musikanlage zu kommen und die StuRa-eigenen Bühne zu verwenden.

Christian kritisiert, dass die Vergabe von Informationen am Mittwoch Abend zu spät sei.

Erik wünscht sich mehr Vorabinformationen, damit die Fachschaftsräte bereits mobilisieren können.

Marcel fasst zusammen: Flyer und Plakate, dass am 27. der Aktionstag stattfindet, sind vorhanden. Informationen und Flyer mit sehr genauen Informationen sind am 26. Januar erhältlich. Das reicht aus.

**Ein Meinungsbild ergibt, dass die Mehrheit für die genauen Flyer am 26. abends ist.**

*Felix Gutte verlässt um 00:00 Uhr die Sitzung.*

## 7. Wahlen und Entsendungen

**Carolin Mahn kandidiert für den ReferentInnenposten Sport und stellt sich vor.**

Steffen wünscht sich eine bessere Information über Sportveranstaltungen und die Finanzanträge im Sportbereich.

Carolin erwidert, dass sie manche Informationen erst sehr spät bekommt, jedoch an einer Verbesserung arbeiten will.

Peter wünscht sich mehr Informationen über Sportveranstaltungen auf der StuRa-Homepage.

Carolin erwidert, dass es sinnvoller wäre, die USZ-Homepage zu verlinken um Dopplungen zu vermeiden.

Steffen möchte dagegen Informationen über geförderte Ereignisse und deren Ergebnisse auf der StuRa-Homepage haben.

Christian berichtet, dass auf dem Referatetreffen angeregt wurde, den sehr lebendigen Sportbereich (v.a. den durch den StuRa geförderten) besser an den StuRa anzugliedern und z.B. einen Webauftritt dafür zu gestalten.

Andreas meint, dass Oberfläche auf der Homepage kein Problem darstellen sollte und dass die Sportobleute auch zur Zusammenarbeit in diesem Fall verpflichtet wären, schließlich werden sie auch vom StuRa gefördert. Er bittet außerdem darum, Ingo (RF Internet) besser in die Sportlerwahlgestaltung einzubeziehen.

Steffen wünscht, dass Carolin verlässlicher ansprechbar ist, da es dort Beschwerden gegeben hat.

**Aus Erik Ritter, Matthias Lutterbeck und Alexander Sem wird ein Wahlausschuss gebildet, dessen Vorsitzender Matthias L. ist. Nach Gegenrede wird dieser Wahlausschuss mit 18/1/2 angenommen.**

**Carolin erhält im ersten Wahlgang mit 6/10/5 keine Mehrheit. Sie zieht ihre Kandidatur daraufhin zurück.**

**Steffen möchte sich ins Referat Technik bestätigen lassen.**

Andreas fragt nach seiner Bereitschaft, technische Probleme kurzfristig zu beheben, was Steffen verspricht.

**Steffen wird ohne Gegenrede ins Referat Technik bestätigt.**

*Anne Klaeden und Daniel Bambauer verlassen die Sitzung.*

## 10. AE

Steffen fragt nach den AE des RF Studentenwerk im Dezember, woraufhin Christian seine Tätigkeiten im Dezember erläutert. Er informiert darüber, dass es in Dresden kaum noch WohnheimsprecherInnen gibt.

**Nach einer Nachfrage nach der AE für Marcus Kiesling im Referat Soziales werden alle AE ohne Gegenrede beschlossen.**

## 11. Sonstiges

**Steffen** hakt nach, dass es keine schlechte Idee ist, sich für WohnheimsprecherInnen einzusetzen.

**Christian** erwidert, dass dies nur durch eineN ReferentIn erledigt werden könne, da aufgrund der Arbeitsmenge das niemand nebenbei machen kann.

**Andreas** gibt zu Bedenken, dass man über eine finanzielle Entschädigung von WohnheimsprecherInnen nachdenken sollte.

**Philip** schlägt vor, die Sportübungsleiter mit StuRa-T-Shirts zu beglücken.

## Anhang

### AE-Liste

AE		Dez 04
Christian Soyk	RF Studentenwerk	60 €
Marcus Kießling	Rf Soziales	25 €
Ulrike Schirwitz	Rf Öffentliches	20 €

	Rf	RF	GF
Normalaufwand	50 €	90 €	150 €
<b>Erhöhter Aufwand</b>	<b>90 €</b>	<b>150 €</b>	<b>250 €</b>

## Anwesenheitsliste

Fachschaft	Sitze	Art <sup>1</sup>	Amt	Name, Vorname	Status
Architektur/Landschaftsarchit.	1	A			nicht besetzt
Bauingenieurwesen	1	A			nicht besetzt
Berufspädagogik	1	A		Lange, Doreen	entschuldigt
Biologie	1	A		Püschel, Joachim	anwesend
Chemie/Lebensmittelchemie	1	A		Seidler, Christof	unentschuldigt
Elektrotechnik	2	A		Junige, Marcel	anwesend
		B		Mellmann, Felix	anwesend
Forstwissenschaften	1	A/E		Fielder, Gregor; Petereit, Annekatrin	anwesend
Geowissenschaften	1	A		Schuppan, Ralf	anwesend
Grundschulpädagogik	1	A		Kunfalvi, Zsanett	anwesend
Informatik	3	A		Nguyen, Binh	anwesend
		B		Schirwitz, Ulrike	anwesend
		B		Bönisch, Philipp	anwesend
Jura	1	A		Callegaro, Alexandre	entschuldigt
Maschinenwesen	3	A		Kreuter, Daniel	anwesend
		B		Müller, Philip	anwesend
		B		Kießling, Marcus	anwesend
Mathematik	1	A	RF	Kranz, Andreas	anwesend
Medizin	1	A			nicht besetzt
Philosophie	3	A		Fischer, Daniel	anwesend
		B		Stuchly, Jerome	entschuldigt
		B		Rasper, Kai	anwesend
		C	GF	Rückmann, Ulrich	anwesend
Physik	1	A		Böttger, Michael	entschuldigt
Psychologie	1	A		Berger, Silvio	anwesend
Sozialpädagogik/EW	1	A			nicht besetzt
SprLiKuWi	3	A		Kaufmann, Manuela	entschuldigt
		B		Gulbins, Annerose	anwesend
		B	GF	Soyk, Christian	anwesend
Verkehrswissenschaften	1	A		Lehmann, Steffen	anwesend
Wasserwesen	1	A		Gutte, Felix	anwesend
		C	GF	Grünberg, Peter	anwesend
Wirtschaftswissenschaften	3	A		Bambauer, Daniel	anwesend
		B		Klaeden, Anne	anwesend
		B		Börner, Matthias	anwesend
<b>Summe</b>	<b>33</b>	<b>+2 · C</b>			<b>26/30</b>
<b>Referenten (Gäste qua Amt, wenn nicht StuRa-Mitglied)</b>	RF Akademix			Matthias Lutterbeck	anwesend
	RF Studienreform				nicht besetzt
	RF Internet			Keller, Ingo	unentschuldigt
	RF Sport				nicht besetzt
RF Studentenwerk				nicht besetzt	
RF Semesterticket			Zorn, Arne	anwesend	
<b>Gäste und sonstige Mitarbeiter des StuRa</b>					
Tilo Förster			Alexander Sem		
Carolin Mahn			Erik Ritter		

<sup>1</sup> A ... Basisvertreter gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 1 der Satzung  
 B ... weiterer Vertreter gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 2 der Satzung  
 C ... besonderer Vertreter gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 der Satzung  
 E ... Ersatzvertreter gemäß § 11 Abs. 2 der Satzung